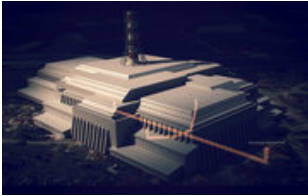


»Hundert Opfer kommen jeden Tag dazu«

Das »Zentrum für politische Schönheit« will Waffenfabrik vom Hubschrauber aus lahmlegen. Ein Gespräch mit Philipp Ruch

Interview: Gitta Düperthal



Philipp Ruch ist künstlerischer Leiter des »Zentrums für Politische Schönheit« (ZPS) - ein Zusammenschluß von Künstlern und Menschenrechtsaktivisten. Es setzt sich mit den Mitteln der Aktionskunst für Menschenrechte ein

Sie haben eine phantasievolle Aktion gestartet: Die Waffenfirma Heckler & Koch (H & K) soll aus einem Helikopter heraus mit 25 Tonnen Sand und Blei-Gemisch überschüttet werden. Dafür sammeln Sie Spenden in Höhe von

mindestens 2000 Euro. 870 Euro sind bereits eingegangen. Was werfen Sie dem Waffenhersteller vor?

H&K betreibt Deutschlands tödlichste Fabrik. In Oberndorf werden Waffen gefertigt, die regelmäßig illegal außer Landes geschafft werden und dann »versehentlich« in Libyen, Georgien oder im Kongo bei Bürgerkriegen wieder auftauchen. Der Rüstungsexperte Jürgen Grässlin geht von mehr als 1,5 Millionen Toten zwischen 1949 und 2003 allein durch H&K-Waffen aus. Hundert Opfer kommen jeden Tag dazu. Der Fabrik in Oberndorf entweicht buchstäblich der Tod - und das muß sofort gestoppt werden.

Wird Ihre Aktionskunst nun bald starten und löst das bereits Aufregung bei der Geschäftsführung von H & K aus?

Der Helikopter soll als erstes versuchen, die Produktion zu stoppen. Später wollen wir die Fabrik mit einem Sarkophag hermetisch zudecken. H&K will jetzt die Baugenehmigungen sehen - wir aber wollen - wie übrigens die Staatsanwaltschaft Stuttgart auch - eher deren Exportgenehmigungen sehen.

25 Tonnen Sand und Blei. Wie soll denn dieses Projekt mit einem einzigen Helikopter zu realisieren sein?

Freilich müßte einer ganz schön lang hin und her fliegen ... Wenn wir genügend Spenden zusammenbekommen, setzen wir eine ganze Armada von Helikoptern ein. Wir wurden aber darauf hingewiesen, daß Blei ein Umweltgift ist. Deshalb werden wir die Fabrik wohl eher mit Flüssizement abdichten. Der Sand dafür stammt teilweise aus Ländern, in die H&K illegal Waffen exportiert hat. Die von kirchlichen Friedensorganisationen mitinitiierte Kampagne »Aktion Aufschrei« unterstützt uns dabei, ihn zu besorgen.

Sie sprechen von einer »Architektur gegen die Katastrophe« wie im Fall von Tschernobyl - wie darf man sich das vorstellen?

Im einem frühen Konzeptentwurf wollten wir Plutonium auf dem Gelände der Fabrik vergraben, damit die Bundesregierung selbst den Sarkophag aufstellt und jede weitere Waffenproduktion unmöglich macht. Aber das wirkte uns aus Sicht der Freiheit der Kunst doch etwas riskant. Es ist doch so: Bei der Atomkatastrophe von Tschernobyl sind in 25 Jahren 4000 Menschen gestorben. Das schafft H&K locker in 40 Tagen.

Gibt es bereits eine Strafanzeige - und wie gehen Sie damit um?

Die Geschäftsführung haben wir offenbar in Angst und Schrecken versetzt. H&K hat schon die Kriminalpolizei in Oberndorf und Rottweil eingeschaltet und prüft rechtliche Schritte. Die wissen, daß wir keine halben Sachen machen. Es ist dennoch ein schlechtes Ablenkungsmanöver, denn der Vorstand weiß genau, daß die Staatsanwaltschaft Stuttgart wegen der »Waffenfunde« in Libyen gegen H&K ermittelt. Wahrscheinlich hilft sie uns noch, wenn es um die Vermittlung der Piloten geht. Und bevor der Vorstand zu Ende geprüft hat, wird er hinter einer 15 Meter dicken Schutzhülle verschwunden sein.

Sie haben eingeladen, im Helikopter mitzufliegen und sich beim Herunterwerfen des Sandes zu beteiligen.

Gibt es Interessenten?

Bis jetzt noch nicht. Wir benötigen dringend Spenden. Spender erhalten von uns ein Großplakat des Sarkophags. Sobald wir die 2000 Euro eingesammelt haben, wird mindestens ein Helikopter damit beginnen, die Todesfabrik versiegeln.

Das »Zentrums für Politische Schönheit« hat bereits mit anderen Aktionen Aufsehen erregt - mit Erfolg?

Zuletzt haben wir die Eigentümer der Firma, die den Panzer Leopard-2 baut, davon zu überzeugen versucht, daß es wenig geschickt wäre, Gewinne aus Saudi-Arabien zu kassieren: Wir haben eine Belohnung von 25000 Euro für Hinweise auf Straftaten ausgeschrieben. In der Regel sorgen alle unsere Projekte international für einen besseren Ruf unseres Landes.